

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE vom 9. bis 12. Oktober 2009 in Athen, Griechenland

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I Einführung	1
II Energiesicherheit und Umwelt	1
III Sitzung des Ständigen Ausschusses	5
IV Mittelmeerforum der Parlamentarischen Versammlung der OSZE	5

I Einführung

Der Deutsche Bundestag entsandte folgende Delegationsmitglieder zur Herbstversammlung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (OSZE PV) nach Athen (Griechenland):

- Abgeordneter **Hans Raidel** (CDU/CSU, amtierender Delegationsleiter)
- Abgeordnete **Hedi Wegener** (SPD)
- Abgeordneter **Rainer Steenblock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Herbsttagung der OSZE PV befasste sich mit dem Thema „Energiesicherheit und Umwelt“ und das Mittelmeerforum der OSZE PV diskutierte Sicherheits- und Umweltaspekte des Mittelmeerraumes. Es nahmen 200 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus 50 der 55 Mitgliedstaaten sowie Vertreter der mediterranen Kooperationspartner aus Algerien, Ägypten, Israel und Jordanien, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der Interparlamentarischen Union und der Versammlung der WEU, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie Gastreferenten aus Griechenland, der Russischen Föderation und der Ukraine teil. Der durchschnittliche Anteil weiblicher Delegierter in den auf der Herbstversammlung vertretenen Delegationen betrug 20 Prozent.

II Energiesicherheit und Umwelt

Die Herbsttagung der OSZE PV befasste sich an zwei Sitzungstagen mit dem Thema „Energiesicherheit und Um-

welt“. In seiner Eröffnungsansprache stellte der Präsident der Parlamentarischen Versammlung, **João Soares** (Portugal), fest, dass Energiesicherheit und Umweltpolitik zwei Seiten einer Medaille seien. Eine nachhaltige Politik in diesen Bereichen könne nur im internationalen Rahmen erfolgreich sein. Hierbei komme der OSZE PV eine wichtige Rolle als Diskussionsforum und Mittlerin zu. Im zweiten Teil seiner Ansprache ging der Präsident auf die Ergebnisse der informellen Beratungen der Außenminister der Mitgliedsländer der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ein. Diese hatten im Sommer 2009 auf der Insel Korfu über die Zukunft der europäischen Sicherheit diskutiert (sogenannter „Korfu Prozess“). Auslöser für diese Diskussion waren die Vorschläge des russischen Präsidenten Dimitri Medwedew für einen förmlichen Vertrag über eine neue europäische Sicherheitsarchitektur. **João Soares** äußerte die Hoffnung, dass der „Korfu Prozess“ beim nächsten regulären OSZE-Ministerratstreffen im Dezember 2009 in Athen zu einem verbindlichen Vorschlag für einen neuen Sicherheitsdialog führen werde.

Weitere Redner der Eröffnungssitzung waren der Präsident des griechischen Parlaments, **Dimitrios Sioufas**, der Staatssekretär aus dem Außenministerium Griechenlands, **Spiros Kuvelis**, der Leiter der griechischen Delegation, **Panayotis Skandalakis**, sowie der Vizepräsident der OSZE PV, **Petros Efthymiou**. Die Redner hoben in ihren Grußworten die Gefahren und die Herausforderungen des Klimawandels hervor und betonten gleichzeitig die Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit, um die ökologischen und ökonomischen Folgen des Klimawandels bewältigen zu können. Der Weltklimakonferenz und dem vorgesehenen Abschluss eines Kyoto-Nachfolgeabkommens im Dezember 2009 in Kopenhagen kämen daher herausragende Bedeutung zu. Staatssekretär **Spiros Kuvelis** machte zudem deutlich, dass die neue griechische Regierung unter Premierminister Jorgos Papandreu den von den Außenministern der OSZE auf Korfu angestoßenen Prozess weiterführen werde. Freiheit, Menschenrechte und Sicherheit bezögen sich auf alle Dimensionen der OSZE. Die OSZE müsse und werde an der Umsetzung und Verwirklichung dieser Ziele kooperativ weiterarbeiten.

II.1 Die regionale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energiesicherheit

Die Sitzung wurde vom Vizepräsidenten der OSZE PV, **Petros Efthymiou**, geleitet. Initiativreferate hielten der Vorsitzende des Ausschusses für Produktion und Handel des griechischen Parlaments, **Giorgos Salagoudis**, der Direktor der Energieprogramme am Razumkow Zentrum in Kiev, Ukraine, **Dr. Volodymyr Saprykin**, der Direktor der Vertrags- und Preisabteilung der Gazprom, **Sergei Komlew** sowie der Vorsitzende der griechischen Regulierungsbehörde für Energie, **Simos Simopoulos**.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Produktion und Handel des griechischen Parlaments, **Giorgos Salagoudis**, machte in seinem Beitrag deutlich, dass das Thema Energiesicherheit im europäischen OSZE-Raum eine herausragende Rolle spiele. Der russisch-weißrussische Energiestreit zu Jahresbeginn habe gezeigt, dass ein Energiedialog nötig sei, der die Interessen von Produzenten, Konsumenten und Transitländern ausgleiche und einen Streitschlichtungsmechanismus einschließe. Ein verstärkter Dialog der Europäischen Union (EU) mit der Russischen Föderation sei daher im Interesse aller, auch um einen Abschluss des Energiecharta-Prozesses zu erreichen. Mit der Energiecharta werde zwischen den Staaten der EU und den Ländern des eurasischen Raumes ein rechtlicher Rahmen geschaffen, der die Förderung verlässlicher und langfristiger Zusammenarbeit im Energiebereich zum Ziel habe. Leider habe die Russische Föderation die Anfang der 90er Jahre beschlossene Energiecharta noch nicht ratifiziert und damit fehle weiterhin ein belastbares institutionelles Fundament zur Entwicklung der Energiebeziehungen zwischen Europa und Russland. Es werde in der Zukunft darauf ankommen, durch Investitionen in die Infrastruktur einen Beitrag zur Bewältigung der Energieprobleme zu leisten. Die hierdurch entstehenden wissenschaftlich-technischen Verflechtungen und Abhängigkeiten stärkten die Zusammenarbeit und das gegenseitige Vertrauen der Akteure.

Direktor **Dr. Volodymyr Saprykin**, Razumkow Zentrum, führte aus, dass der russisch-ukrainische Gasstreit im Winter 2008/2009 in eindrucksvoller Weise bewiesen habe, wie stark die Energiesicherheit Europas nicht nur von Lieferländern, sondern auch von Transitländern abhängt. Die Finanz- und Wirtschaftskrise habe für die Ukraine erhebliche Auswirkungen. Aus ukrainischer Sicht sei es notwendig, die Energiepreise möglichst niedrig zu halten, um negative Auswirkungen auf die Wirtschaft zu vermeiden. In diesem Streit um Gaspreise und Durchleitungsgebühren sowie wegen des Vorwurfs des Energie Diebstahls habe Russland die Versorgung der Ukraine zum 1. Januar 2009 eingestellt, was auch die Durchleitung nach Europa betroffen habe. Der Konflikt habe gezeigt, dass nur eine schrittweise Verflechtung im Energie- und Wirtschaftssektor eine sichere Energieversorgung auf der Basis wechselseitiger Interessen gewährleisten könne. Das müsse auch das politische Ziel der Zukunft sein. Er gehe davon aus, dass es in der Folge der weltweiten Wirtschaftskrise zu einem Nachfragerückgang

in den Industriestaaten kommen werde. Mit den bisher genutzten Gasquellen könne der Bedarf an Energie in Europa befriedigt werden. Der Bau der geplanten Pipelines Nabucco und South-Stream sehe das Razumkow Zentrum kontrovers. Nicht nur der extrem technisch schwierige und damit teure Bau, sondern auch die Tatsache, dass es bereits Transitstrecken in diese Richtung gebe, führe zu dieser Auffassung. Er plädiere daher für eine Revision der Routen- und Baupläne. Der Wunsch der europäischen Staaten, die Abhängigkeit von einzelnen Transitländern zu verringern, könnte allerdings trotzdem für den Bau der Pipelines sprechen. Es bestehe jedoch die Gefahr, dass der politische Wunsch nach Diversifizierung und einer geringeren Abhängigkeit von russischem Gas, für Europa zu einer Abhängigkeit von den großen Energielieferanten führen könnte. Er hoffe jedoch, dass Russland, die Ukraine und Europa den Weg zu einer wirklichen Energiepartnerschaft fänden, die einen neuerlichen Gasstreit verhindern könne.

Der Direktor beim Energieunternehmen Gazprom, **Sergei Komlew**, sprach über die Nutzung von Erdgas in Kraftwerken, um Energiesicherheit, Nachhaltigkeit und Kosteneffektivität zu fördern. Er stellte fest, dass die EU ehrgeizige Reduktionsziele für Kohlenstoffdioxidemissionen aufgestellt habe. Die Messungen zeigten, dass das bis 2020 angestrebte Ziel der Reduzierung um 850 Millionen Tonnen CO₂ auf dem bisher eingeschlagenen Weg nicht erreicht werden könne. Die EU habe durch ihre neue Energiepolitik entschieden, zur Erreichung dieses Ziels den Verbrauch an fossilen Energieträgern – also auch Erdgas – einzuschränken und den Ausbau von erneuerbaren Energien massiv zu fördern. Gazprom begrüße die Ausrichtung auf erneuerbare Energien, kritisiere unter Umweltgesichtspunkten aber den Ersatz von Erdgas. Erdgas sei der sauberste fossile Brennstoff und unter Kostengesichtspunkten eine preisgünstige Alternative gegenüber erneuerbaren Energien. Wenn etwa die Hälfte der derzeitigen Kohlekraftwerke durch moderne Gaskraftwerke ersetzt würde, ließe sich der Kohlenstoffdioxid-Ausstoß in gleichem Umfang reduzieren wie bei einer Umrüstung auf Windkraft. Erdgas sei zudem eine zuverlässige Energiequelle und in dieser Hinsicht Solar- und Windenergie sowie Wasser- und Kernkraft überlegen.

Die Behauptungen westeuropäischer Kritiker, Erdgas als Energieträger sei geopolitisch problematisch, liefertechnisch unsicher und auf lange Sicht zu teuer, hielt Direktor **Komlew** für interessengeleitet. Er sehe in einer solchen Argumentation eher ein politisch motiviertes Störmanöver gegenüber Gazprom. Gazprom sei ein normales Unternehmen mit normalen Geschäftszielen. Die kolportierte Angst, Gazprom sei eine Energiewaffe in den Händen des Kremls, entbehre jeder Grundlage. Die Tatsache, dass Gazprom 20 Prozent zum Haushalt der Russischen Föderation beitrage, zeige, dass jede politische Einflussnahme auf die Unternehmenspolitik kontraproduktiv sei. Auch der Vorwurf, Gazprom versuche eine Monopolstellung zu erlangen, werde durch die tatsächlichen Zah-

len widerlegt. Russland liefere lediglich 25 Prozent des von der EU verbrauchten Erdgases. Der Rest stamme aus anderen Quellen. Zudem verhindere die bisherige Vertragspolitik Kartelle, wie es sie zum Beispiel beim Erdöl mit der OPEC gebe. Die bisherige Lieferpolitik von Gasprom zeige, dass das Unternehmen ein zuverlässiger Energielieferant sei. Er begrüße die stärkere Vernetzung zwischen Europa und Russland im Energiebereich. Sie nutze den beteiligten Volkswirtschaften und fördere den Lebensstandard der Menschen.

Der Vorsitzende der griechischen Regulierungsbehörde für Energie, **Simos Simopoulos**, machte deutlich, dass spätestens seit dem russisch-ukrainischen Gasstreit im Januar 2009 deutlich geworden sei, dass das Thema der internationalen Versorgungssicherheit ganz oben auf der Agenda stehe. Der Streit habe die Verwundbarkeit des europäischen Energiemarktes durch die Abhängigkeit von einzelnen Energieexport- und Transitländern deutlich gemacht. **Simos Simopoulos** sprach sich dafür aus, der Sicherung der Energiezufuhr in Europa Vorrang zu geben. Dazu gehöre eine Diversifizierung der Lieferroutes, aber auch der Ausbau anderer bzw. alternativer europäischer Energiequellen, um die Abhängigkeit von einzelnen Energielieferanten zu reduzieren.

An der Diskussion beteiligten sich Abgeordnete aus Griechenland, der Russischen Föderation, Litauen, Polen, Belgien, Aserbaidschan, Kirgisistan, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, der Türkei und der Ukraine. Alle Rednerinnen und Redner betonten in ihren Beiträgen, dass Energie nicht zur politischen Waffe werden dürfe, um andere Länder zu erpressen oder um bestimmte Pipelineprojekte zu verhindern. Welche Auswirkungen ein Lieferstopp haben könne, habe der Gasstreit zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation deutlich gemacht. Ein Delegierter der Russischen Föderation zweifelte die Unabhängigkeit der Vortragenden an. Er machte deutlich, dass die Russische Föderation keine Monopolisierung ihrer Energielieferungen anstrebe, um damit politische Ziele zu verwirklichen. Die Vertreter Aserbaidschans und Kirgisistans wiesen auf die Bedeutung regionaler Partnerschaften bei der Sicherung der Energieversorgung hin. Im Rahmen einer solchen regionalen Kooperation lasse sich am ehesten ein Ausgleich zwischen Liefer-, Transit- und Abnehmerländern herstellen.

II.2 Klima- und Umweltpolitik – Der Weg nach Kopenhagen

Die Sitzung wurde von der Vizepräsidentin der OSZE PV, **Pia Christmas-Moeller** (Dänemark), geleitet. Initiativreferate hielten der Vizepräsident der OSZE PV, **Benjamin Cardin** (Vereinigte Staaten), und der stellvertretende Vorsitzende des Sonderausschusses für Umweltschutz des griechischen Parlaments, **Dimitris Varvarigos**.

Pia Christmas-Moeller warnte in ihrer Einführung vor Hysterie und Panikmache in der Umweltpolitik. Sie wandte sich jedoch mit einem eindringlichen Appell an

die Delegierten der OSZE PV, die Chance, die der Weltklimagipfel in Kopenhagen biete, zum Wohle der Menschheit nicht ungenutzt verstreichen zu lassen.

Vizepräsident **Benjamin Cardin** machte deutlich, dass kein Land der Welt den Auswirkungen des Klimawandels entkommen könne. Die damit verbundenen ökonomischen und sozialen Auswirkungen berührten zudem nationale und internationale Sicherheitsfragen. Es sei daher die Pflicht aller Länder, unverzüglich zu handeln. Die Umweltgesetzgebung in den USA stehe noch hinter der anderer Länder zurück. Allerdings seien im Senat und im Repräsentantenhaus in den letzten Monaten Gesetzentwürfe eingebracht worden, die die Luftverschmutzung begrenzen und heimische erneuerbare Energien fördern sollten und Investitionen in eine Erneuerung der Infrastruktur im Transportwesen vorsähen. Die geplanten Maßnahmen seien geeignet, die Abhängigkeit von ausländischen Energieträgern zu verringern und Arbeitsplätze zu schaffen. Ein anderer Bereich der Gesetzgebung betreffe den Emissionshandel. Neben den unbestreitbaren Vorteilen könne dieser aber auch zu einer Quelle für Korruption und organisiertes Verbrechen sein. Darum trete er für größtmögliche Transparenz bei diesem Instrument ein. Präsident Barack Obama habe die Bekämpfung des Klimawandels ganz oben auf die diplomatische Agenda gesetzt. Auch werde er seine Kolleginnen und Kollegen drängen, mehr als bisher für die Reduzierung des Treibhausgas effekts zu tun und sie auffordern, sich in den Verhandlungen in Kopenhagen für das bestmögliche Ergebnis einzusetzen. Es werde in Kopenhagen darauf ankommen, eine Architektur für ein neues Klimaregime zu entwickeln sowie konkrete mittel- und langfristige Reduktionsziele zu vereinbaren und einen Weg aufzuzeigen, wie diese umgesetzt und die Umsetzung kontrolliert werden könne. Die Industrieländer müssten, wenn sie den Erfolg dieser Ziele nicht gefährden wollten, den armen und am wenigsten entwickelten Ländern der Welt bei der Reduzierung ihres Treibhausgasausstoßes mit finanziellen und technologischen Mitteln helfen. Diese Länder seien aus eigener Kraft nicht in der Lage, den Klimawandel zu bekämpfen. Sie hätten aber ein vitales Interesse an der Bekämpfung, denn sie seien bereits heute Zeugen und Opfer seiner Auswirkungen: Trockenheit und Ernteausfall, das Ansteigen des Meeresspiegels und die durch den Ressourcenmangel angefachten Konflikte. Kopenhagen sei nicht das Ende, sondern der Anfang eines Prozesses zur Bekämpfung des Klimawandels. Nur wenn alle Völker der Welt die eingegangenen Verpflichtungen auch ernsthaft umsetzten, gebe es eine Chance, diesen Prozess erfolgreich abzuschließen.

Der stellvertretende Vorsitzende des Sonderausschusses für Umweltschutz des griechischen Parlaments, **Dimitris Varvarigos**, wies auf die Notwendigkeit hin, durch internationale Kooperation die Treibhausgase bis 2050 um mehr als die Hälfte zu verringern, wenn es nicht zur Katastrophe kommen solle. Verstärkung, das Ansteigen des Meeresspiegels und zunehmende Unwetter seien deren untrügliche Vorboten. Die wirtschaftlich schwächsten

Länder der Welt seien zudem besonders hart hiervon betroffen. Die Fakten und Probleme seien bekannt. Es gebe kein Wissensdefizit, sondern ein Handlungsdefizit. Ökonomisch gesehen sei sofortiges Handeln zudem wirtschaftlicher als späteres Nachbessern.

An der Aussprache beteiligten sich Abgeordnete aus Ägypten, Kanada, Kasachstan, Zypern, Frankreich, der Ukraine, Serbien, den USA, Armenien, Finnland, der Schweiz, Schweden und der Türkei. Die Abgeordneten machten in ihren Beiträgen deutlich, dass die geschilderten Auswirkungen bereits Einfluss auf das Nationaleinkommen hätten. Schon heute seien einige ökologische Probleme nicht mehr umkehrbar und die entstandenen Schäden nur mit erheblichen finanziellen Mitteln in ihren Auswirkungen auf ein Mindestmaß zu begrenzen. Abgeordnete aus der Ukraine und der Schweiz wiesen darauf hin, dass sich auch das individuelle Konsumverhalten und der Ressourcenverbrauch ändern müssten. Neben der Notwendigkeit eines koordinierten Vorgehens wurde auch die Forderung nach konkreten Reduktionszielen für Treibhausgase erhoben. Die Weltklimakonferenz in Kopenhagen biete hierfür eine letzte Chance, alle Länder an ihre Verantwortung und an den politischen Umsetzungsbedarf zu erinnern. Dabei müsse im Blick behalten werden, dass Lasten und Kosten der Reduzierung von Treibhausgasen gerecht verteilt werden müssten.

II.3 Die optimale Nutzung der Naturressourcen für die menschliche Sicherheit

Die Sitzung wurde vom Vizepräsidenten der OSZE PV, **Wolfgang Grossruck** (Österreich), geleitet. Initiativreferate hielten der Vorsitzende des Senats der Republik Kasachstan, **Kassym-Jomart Tokayev**, der Koordinator für Wirtschaft und Umwelt der OSZE, **Goran Svilanovic**, der frühere Vorsitzende des Politischen Ausschusses für europäische Sicherheit und Verteidigung der Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU V) und jetzige stellvertretende Ministerpräsident Griechenlands, **Dr. Theodoros Pangalos**, sowie **Charalambos Tsoutrelis**, Technische Universität Athen, Institut für Geologie und Mineralogie.

Der Vorsitzende des Senats der Republik Kasachstan, **Kassym-Jomart Tokayev**, stellte fest, dass die Globalisierung zu einem extremen Wettbewerb auf den Energiemärkten geführt habe. Der Zugang und die sichere und zuverlässige Versorgung mit Energie als Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes bildeten daher auch den Gegenstand vieler außenpolitischer Gespräche. Die Nutzung fossiler Energieträger habe jedoch zu massiven Umweltschäden geführt. Der Schutz der Umwelt und die Entwicklung und der Ausbau erneuerbarer Energien müssten daher vorrangig sein. Es sei allerdings unrealistisch anzunehmen, dass erneuerbare Energien fossile oder sonstige Energieträger vollständig ersetzen könnten. Darum sollte neben den bekannten erneuerbaren Energieträgern auch die Kernenergie in den Kampf gegen die globale Erderwärmung einbezogen werden. Er begrüße, dass die internationale Gemeinschaft die kasachische Idee ei-

ner internationalen Kernbrennstoffbank unter der Kontrolle der Internationalen Atomenergiebehörde positiv aufgenommen habe.

Wasser sei eine weitere wichtige Ressource und werde im 21. Jahrhundert wie Öl und Gas eine wichtige strategische Bedeutung erhalten. Einem grenzüberschreitenden Wassermanagement müsse daher oberste Priorität eingeräumt werden. Die Umweltprobleme des Kaspischen Meeres und des Aralsees machten die Dimension der Problematik deutlich. Kasachstan habe, um den rationalen Verbrauch und den Schutz der Wasserressourcen voranzutreiben, in Astana ein Forschungsinstitut gegründet und ein nationales Register für Umweltprobleme entwickelt, mit dessen Hilfe Umweltprobleme frühzeitiger erkannt werden könnten.

Sein Land lasse sich in seiner Politik von der Überzeugung leiten, dass nur durch internationale Zusammenarbeit auf der Basis gesicherter Abkommen eine nachhaltige ökologische und ökonomische Entwicklung gesichert werden könne.

Goran Svilanovic, Koordinator für Wirtschaft und Umwelt der OSZE, wies darauf hin, dass sich die Menschen in früheren Zeiten über die Endlichkeit von Kohle-, Gas- und Erölvorkommen keine Gedanken gemacht hätten. Auch der sogenannte Öl-Schock von 1973 habe nicht zu einem Umdenken geführt. Durch den technologischen Fortschritt konnten immer wieder neue, zuvor unerreichbare Vorkommen erschlossen und damit der Zeitpunkt der Erschöpfung fossiler Energiequellen hinausgeschoben werden. Die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen werde auch in den nächsten Jahren anhalten. Die optimale Nutzung dieser Energieträger sei daher eine Schlüsselvoraussetzung für das Überleben der Menschheit. Gleiches gelte für die Nutzung von Wasser im OSZE-Raum. Wasser werde immer öfter zu einem strategischen Faktor bei der Entwicklung eines Landes. Grenzüberschreitendes Wassermanagement könne daher nicht nur zu einer sinnvollen Verteilung, sondern auch zu einer friedlichen zwischenstaatlichen Entwicklung beitragen.

Dr. Theodoros Pangalos, stellvertretender Ministerpräsident Griechenlands, verwies darauf, dass nationaler Klimaschutz zwar wichtig sei, eine weitergehende Wirkung jedoch nur durch die Zusammenarbeit aller Länder erreicht werden könne. Diese Zusammenarbeit müsse auch die Bürgerinnen und Bürger einbeziehen. Er sehe besonderen Handlungsbedarf in den Bereichen Energieeinsparung, Wassermanagement und Raumplanung. In allen drei Bereichen könne ein wirksamer Umweltschutz nur unter aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erreicht werden. Gerade Wasser drohe in seinem Land zu einem nicht mehr unbegrenzt zur Verfügung stehenden Gut zu werden. Griechenland habe in den letzten Jahren eine Reihe von Programmen auf den Weg gebracht, die Energie- und Wasserverschwendung vermeiden helfen sollen. Diese Programme setzten auch auf die Einsicht, dass eine Änderung des Konsumverhaltens und dadurch ein schonender Umgang mit den Ressourcen erforderlich sei.

Charalambos Tsoutrelis, Technische Universität Athen, konzentrierte sich in seinem Bericht auf die Grundwasserbewirtschaftung in Griechenland. Das bisherige Konsumverhalten der griechischen Bevölkerung habe zu einem hohen Verbrauch an vorhandenem Oberflächenwasser geführt. Um Knappheiten hierbei auszugleichen, werde inzwischen verstärkt Grundwasser für unterschiedliche Zwecke in Anspruch genommen, z. B. für die Bewässerung in der Landwirtschaft. Die ausgebrachten Pestizide und Düngemittel gelangten jedoch wieder in das Grundwasser und wirkten sich auf die hydrologischen und ökologischen Bedingungen aus. Der Grundwasserspiegel, besonders im Süden Griechenlands, sinke dramatisch, verändere damit die ökologischen Rahmenbedingungen und beeinträchtige bereits das Wachstum vieler Pflanzenarten. Da die vorhandenen Grundwasserbestände sich aber nur zum Teil wieder natürlich auffüllten, seien Maßnahmen zur künstlichen Auffüllung notwendig.

An der Diskussion beteiligten sich Abgeordnete aus Spanien, Frankreich, Ägypten, Kasachstan, Frankreich, Kanada, den USA, Armenien, Aserbaidschan, Serbien, den Niederlanden, der Schweiz, Finnland und Irland. Neben grundsätzlichen Aspekten des Themas wurde in den Beiträgen die Bedeutung von Wasser für das friedliche Zusammenleben der Menschen angesprochen. Nur ein sorgsamer Umgang mit der Ressource helfe Mangelsituationen zu verhindern und Konflikte zu vermeiden. Von den Abgeordneten Finnlands und Kanadas wurde insbesondere die Sorge um die Auswirkungen des Klimawandels auf die arktische Region thematisiert. Was in der Arktis zu beobachten sei, sei nicht mehr nur ein Vorbote des globalen Klimawandels, sondern habe für einige Pazifikinseln bereits existenzbedrohende Ausmaße angenommen. Nur wenn die Emissionen der anthropogenen Treibhausgase reduziert würden, könne eine Zerstörung der Arktis und anderer Teile der Erde verhindert werden.

III Sitzung des Ständigen Ausschusses

Die Sitzung des Ständigen Ausschusses unter dem Vorsitz des Präsidenten der OSZE PV, **João Soares** (Portugal), beinhaltete den Tätigkeitsbericht des Präsidenten sowie die Berichte des Schatzmeisters, **Roberto Batelli** (Slowenien), und des Generalsekretärs der OSZE PV, **Spencer Oliver**. Die Mitglieder befassten sich des Weiteren mit Berichten über Wahlbeobachtungsmissionen, den Berichten der verschiedenen Sonderbeauftragten der OSZE PV und zum Stand der Arbeiten in den Ad-hoc-Ausschüssen. Zudem gab der Generalsekretär der OSZE, **Marc Perrin de Brichambaut**, eine Kurzdarstellung zum Haushalt der OSZE für das Jahr 2010.

Der **Präsident** hob in seinem Bericht hervor, dass er sich in seiner Arbeit auf die Stärkung der Parlamentarischen Versammlung in der OSZE konzentriere. Die Parlamentarische Versammlung werde sich auch weiter zu den zentralen Fragen zu Wort melden und ein Forum für die Behandlung wichtiger und strittiger Fragen bieten.

Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses nahmen den Bericht des Schatzmeisters, **Roberto Batelli** (Slowenien),

zur Kenntnis. Der Schatzmeister betonte, dass er bei seinem Amtsantritt im Sommer 2009 einen ausgeglichenen Haushalt vorgefunden habe. Er werde daran arbeiten, dass sich diese Situation nicht ändere. Er dankte dem dänischen Parlament, das weiterhin sowohl das Sekretariatsgebäude der OSZE PV in Kopenhagen als auch dessen technische Ausrüstung zur Verfügung stelle. Er stellte fest, dass bis Oktober 2009 bereits 43 Prozent der Beiträge für das Haushaltsjahr 2009/2010 eingegangen sein.

Der Generalsekretär der OSZE PV, **Spencer Oliver**, wies in seinem Tätigkeitsbericht darauf hin, dass das Sekretariat seit 16 Jahren in Kopenhagen residiere, wofür er ebenfalls dem Gastland Dänemark dankte. Das vom Sekretariat initiierte Research-Fellowship-Programm habe bisher 170 jungen Menschen aus 55 OSZE-Ländern die Möglichkeit geboten, die Arbeit der OSZE PV kennenzulernen und zu unterstützen. Er wies abschließend auf den Rundbrief des Internationalen Sekretariats, die „News from Copenhagen“, hin, der regelmäßig über die Aktivitäten der OSZE PV berichte.

Der Generalsekretär der OSZE, Botschafter **Marc Perrin de Brichambaut**, ging in seinem Bericht insbesondere auf den Haushaltsentwurf der OSZE für das Jahr 2010 ein. Er wies darauf hin, dass der Haushalt der OSZE für das kommende Jahr nur noch 151,1 Mio. Euro betragen werde. Das sei ein Rückgang um rund 7 Mio. Euro. Die Gründe hierfür lägen sowohl in der Finanzkrise und geringeren freiwilligen Beiträgen als auch in den von den Regierungen auferlegten Sparzwängen. Er gehe davon aus, dass es wie in früheren Jahren zu intensiven Diskussionen über den Haushalt im Ministerrat kommen werde. Obwohl laut Satzung der OSZE der Haushalt für das nächste Jahr bis zum 21. Dezember 2009 verabschiedet sein sollte, rechne er mit der Verabschiedung erst im Frühjahr 2010.

Zum Tagesordnungspunkt Wahlbeobachtung berichtete **Wolfgang Grossruck** (Österreich) über die Beobachtungsmission in Albanien sowie der Präsident der OSZE PV, **João Soares** (Portugal), über die Missionen in Kirgisistan und der Republik Moldau. Die Wahlen hätten einige Mängel zutage gefördert, aber es sei das Bemühen der Länder erkennbar gewesen, die OSZE-Verpflichtungen zu erfüllen. Beide Berichterstatter hoben zudem die gute Zusammenarbeit mit dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) hervor.

Präsident **João Soares** teilte mit, dass für die Jahresversammlung der OSZE PV 2011 eine Einladung des serbischen Parlaments nach Belgrad vorliege und sich für die Herbstversammlung desselben Jahres Kroatien (Dubrovnik) als Ausrichter angeboten habe.

IV Mittelmeerforum der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

IV.1 Die OSZE und der Mittelmeerraum – Aussichten und Herausforderungen

Das Mittelmeerforum wurde vom Sonderbeauftragten für Mittelmeerfragen der OSZE PV, **Alcee Hastings** (Vereini-

nigte Staaten), geleitet. Diskussionsbeiträge leisteten der Präsident der OSZE PV, **João Soares** (Portugal), die Vizepräsidentin des griechischen Parlaments, **Elisavetta Papadimitriou**, sowie der persönliche Beauftragte für die mediterrane Partnerschaft des gegenwärtigen Vorsitzenden der OSZE, **Sotirios Roussos** (Griechenland). Zum Thema „Die OSZE und der Mittelmeerraum – Aussichten und Herausforderungen“ hielt der Generalsekretär und Botschafter OSZE, **Marc Perrin de Brichambaut**, ein Grundsatzreferat.

In seiner Einleitung würdigte **João Soares** (Portugal) das bisherige Engagement des Sonderbeauftragten Alcee Hastings und dankte ihm für die geleistete Arbeit. Er bedauerte, dass noch immer keine tragfähige Friedenslösung für den Nahen Osten gefunden worden sei. Auch wenn sich die politische Kooperation und der Handel zwischen und mit den Mittelmeeranrainern positiv entwickelten, überschattete dieser Konflikt alles.

Alcee Hastings (Vereinigte Staaten) referierte, dass der Mittelmeerraum und der Nahe Osten damals wie heute mit komplexen Problemen konfrontiert seien. Trotz weiterhin fehlender Lösung für diese Probleme sei eine nicht zu übersehende Müdigkeit auf der Vielzahl entsprechender Foren zu konstatieren. Überwunden werden könne diese nur, wenn die Rolle der OSZE im Mittelmeerraum im Kontext anderer regionaler und überregionaler Foren wieder klar definiert werde. Die mediterranen Partner hätten ihm gegenüber ebenfalls die Notwendigkeit einer Erneuerung der mediterranen Dimension der OSZE und eine Verbesserung der Kooperationsmechanismen im Mittelmeerraum angemahnt. Er sehe vier Schlüsselthemen, die im Rahmen einer Erneuerung diskutiert werden sollten: Verhandlungen über die regionale Rolle der OSZE im Mittelmeerraum, Übernahme von Verantwortung durch die mediterranen Partner bei OSZE-initiierten Aktivitäten, Optimierung des OSZE-Partnerschaftsfonds für den Mittelmeerraum und eine verstärkte Mitwirkung am Friedensprozess im Nahen Osten. Zentral sei, den mediterranen Partnern die Möglichkeit einer aktiven Gestaltung und Entwicklung von Diskussions- und Kooperationsprozessen einzuräumen. Ein solches Vorgehen schaffe Vertrauen, verbessere die Vermittlung und legitimiere das OSZE-Engagement. Dass sich das Mittelmeerforum der OSZE mit mehr Nachdruck am Nahostfriedensprozess beteiligen solle, sei als Wunsch aus den OSZE-Ländern an ihn herangetragen worden. Es müsse verstärkt nach Gelegenheiten gesucht werden, die vorhandenen Potentiale des Mittelmeerforums für vertrauensbildende Maßnahmen einzusetzen.

In ihrem Beitrag betonte **Elsa Papadimitriou**, Vizepräsidentin des griechischen Parlaments, dass der Mittelmeerraum eine Region sei, in der immer wieder Spannungen entstünden und dass Dialog und Diplomatie zur Lösung dieser Spannungen mehr denn je gefragt seien. Hierfür sei die engere Zusammenarbeit der OSZE PV mit der Interparlamentarische Union (IPU) und der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung (EM PV) von besonderer Bedeutung. Gerade die IPU sei in der Lage, Erfahrungen

aus allen Bereichen der Welt in die Diskussions- und Verhandlungsprozesse einzubringen.

Prof. Sotirios Roussos, persönlicher Beauftragter für die mediterrane Partnerschaft des amtierenden Vorsitzenden der OSZE, zeichnete im Hinblick auf die soziale, ökonomische und ökologische Situation der Menschen im Mittelmeerraum ein positives Bild. Es sei ein Abnehmen von extreme Armut in den letzten fünf Jahren festzustellen, ein Ansteigen der Lebenserwartung sowie ein verbesserter Zugang zu Bildung, Elektrizität und Wasserressourcen. Allerdings gebe weiterhin eine hohe Arbeitslosenrate, die nur durch die Förderung von Wirtschaft und Handel bekämpft werden könne. Zudem breiteten sich Xenophobie und Nationalismus aus, und selbst eine gute Ausbildung biete oftmals keinen wirksamen Schutz vor Arbeitslosigkeit. In Ägypten seien beispielsweise 25 Prozent der Akademiker von Arbeitslosigkeit betroffen. In anderen Mittelmeerländern sehe es ähnlich aus. Die Jugend der Länder sehe keine Möglichkeit, im Heimatland Arbeit zu finden und denke immer häufiger an Migration. Die potentiell vorhandene Bedrohung durch den Terrorismus trage dazu bei, dass das Interesse von Investoren an der Mittelmeerregion nur schwach ausgeprägt sei. Um dies zu überwinden, seien vor allem ein grenzübergreifender Dialog und ergebnisorientiertes Handeln notwendig. Abschließend sprach sich **Prof. Sotirios Roussos** dafür aus, die Rolle der OSZE als Dialogforum in der Mittelmeerregion zu stärken.

Der Generalsekretär der OSZE, **Marc Perrin de Brichambaut**, betonte, dass die Sicherheit im Mittelmeerraum für die Sicherheit in Europa von immenser Bedeutung sei. Das Mittelmeerforum der OSZE PV habe für ihn unter anderem die Funktion, dass repressionsfrei strittige Themen angesprochen werden könnten. Es bilde den richtigen Rahmen für den Ideenaustausch, die Bildung von Netzwerken und biete eine hervorragende Gelegenheit, über Themen wie Toleranz und Nichtdiskriminierung zu diskutieren. **Marc Perrin de Brichambaut** wies darauf hin, dass die Mittelmeerkonferenz der OSZE im Dezember 2009 in Kairo stattfinde. Sie stehe unter dem Motto: Die Mittelmeerpartner und die OSZE – Zusammenarbeit für mehr Sicherheit und Stabilität.

In der sich anschließenden Aussprache waren sich die Delegierten grundsätzlich darüber einig, dass das Mittelmeerforum der OSZE PV einen Beitrag zur Befriedung der im Mittelmeerraum schwelenden Konflikte leisten könne und müsse. Die dem Forum innewohnenden Möglichkeiten für die Konsolidierung und Stärkung des Friedens, der Begegnung und des Dialogs seien bisher nicht ausgeschöpft worden.

IV.2 Die Handels- und Wirtschaftskooperation im Mittelmeerraum

Dieser Sitzungsteil des Mittelmeerforums wurde vom Vizepräsidenten der OSZE PV, **Jerhamiel Grafstein** (Kanada), geleitet. Grundsatzreferate hielten der frühere Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft des griechischen Parlaments, **Konstantinos Agorastos** und **Prof. Yiannis**

Stournaras, Professor für Wirtschaft an der Universität Athen.

In seinen einleitenden Worten betonte **Jerhamiel Grafstein** (Kanada) das Primat des Handels gegenüber der Politik. Ohne Handel und Wirtschaft gebe es keinen Frieden, aber ohne Frieden gebe es auch keinen ungehinderten Handel. Handel schaffe Arbeitsplätze und trage zur sozialen Gerechtigkeit bei. Die Geschichte der Menschheit zeige, dass Stabilität und Frieden in hohem Maße durch einen freien Handel gefördert würden.

Konstantinos Agorastos, ehemaliger Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft im griechischen Parlament, nahm in seinen Ausführungen besonders auf die Situation Griechenlands Bezug. Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise habe Griechenland mit Verzögerung und im europäischen Vergleich in geringerem Umfang erreicht. Von der internationalen Krise besonders betroffen seien die Branchen Seeverkehrswirtschaft sowie Bau und Tourismus. Unabhängig davon seien die Textilindustrie sowie der Anbau von Tabak und Zuckerrüben nicht mehr konkurrenzfähig. Die griechische Wirtschaft sei geprägt durch kleine und mittelständische Betriebe und es gebe nur wenige Großunternehmen. Deregulierung und Privatisierung staatlicher und halbstaatlicher Unternehmen sowie der Umbau der sozialen Sicherungssysteme seien angesichts absehbarer demografischer Herausforderungen die wichtigsten wirtschaftspolitischen Herausforderungen der neuen Regierung. Strukturell sei die griechische Gesellschaft ähnlichen Überalterungsproblemen ausgesetzt wie viele Industriestaaten. Die Situation in Griechenland zeige, dass vor allem mittlere und kleine Unternehmen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum eine wichtige Rolle spielten. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und des Innovationspotentials der Unternehmen sei daher von immenser Bedeutung. Die Abschaffung finanzieller Hürden für diese Unternehmen reiche allein nicht aus, wenn keine strukturierte Mittelstandspolitik betrieben werde.

Prof. Yiannis Stournaras, Universität Athen, ging in seinen Ausführungen insbesondere auf die Gefährdung der Ökosysteme durch den freien Handel ein. Das Mittelmeer gehöre zu den am stärksten ausgebeuteten Fischereigebieten der Welt. Nahezu alle wirtschaftlich nutzbaren Fischbestände sowie Meeresfrüchte würden bis zur Belastungsgrenze und darüber hinaus befischt. Nicht nur die Fischerei, sondern auch mögliche Tankerunfälle könnten zur Zerstörung ganzer Habitats und damit der maritimen Biodiversität beitragen. Wie belastbar das System Mittelmeer sei, ohne dass es zusammenbreche, sei selbst für Experten nicht zu quantifizieren. Das mache die Bedeutung der technologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit deutlich, wenn diese Region, in der ein Drittel des Welthandels abgewickelt werde, in der ein Viertel der Ölreserven lagere und das die meisten historischen Kulturstätten an seinen Küsten habe, weiterhin ein attraktiver Lebensraum bleiben solle.

In der sich anschließenden Diskussion betonte ein Mitglied der algerischen Delegation die dialektische Bezieh-

ung zwischen Sicherheit, wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Energiesicherheit, Lebensmittelsicherheit und dem Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Das bisher bestehende ökonomische Gefälle zwischen dem Norden und dem Süden, also zwischen entwickelten und weniger entwickelten Ländern, müsse abgebaut werden. Er begrüße daher alle Maßnahmen, die die territoriale Integrität im Nahen Osten stärken und dazu beitragen, Diskriminierung und religiösen Fanatismus vermeiden zu helfen. Ein Mitglied der jordanischen Delegation verwies darauf, dass eine stabile Friedenslösung eng mit der Lösung der sogenannten Palästinafrage zusammenhänge. Alle Mittelmeeranrainer müssten sich stärker um die Bekämpfung des Terrorismus bemühen. Er würde ein stärkeres Engagement der OSZE im Mittelmeerraum begrüßen. Ein Mitglied der ägyptischen Delegation würdigte den Beitrag Europas sowie die Leistungen und Hilfen, die im Zusammenhang mit der Entwicklung Ägyptens erbracht worden seien. Handlungs- und Unterstützungsbedarf sehe er vor allem beim Ausbau und der Nutzung von Sonnenenergie. Seiner Auffassung nach erfahre der Konflikt im Nahen Osten viel zu wenig Beachtung. Er forderte die Länder des OSZE-Raumes auf, sich stärker als bisher zu engagieren und sich aktiv in die Bemühungen um eine friedliche Lösung einzubringen.

Im Verlauf der weiteren Diskussion, an der sich Mitglieder der Delegationen aus Griechenland, Frankreich und Italien beteiligten, wurde die Rolle des Mittelmeerraums als Wiege der europäischen Kultur gewürdigt. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier waren sich einig, dass Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit auch in Zukunft ganz oben auf der Tagesordnung stehen müssten. Ein Mitglied der Delegation der Niederlande gab abschließend zu bedenken, dass sich viele Gremien wie die OSZE PV, die NATO PV und die EM PV mit Fragen und Problemen des Mittelmeerraums befassen. Dies führe unweigerlich zu Überlappungen sowie zur Verschwendung von Geld und Ressourcen. Er forderte eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten.

In ihren Schlussbemerkungen machten **Panayotis Skandalakis** (Griechenland) und **Petros Eftymiou** (Griechenland) deutlich, dass die Diskussionen in Athen gezeigt hätten, welche Aufgaben noch vor allen Beteiligten lägen. Es komme jetzt darauf an, die vorhandenen Handlungsspielräume auszuschöpfen und Lösungen zu erarbeiten. Den mediterranen Partnern müsse zudem Gelegenheit gegeben werden, sich aktiver in die Gestaltung und Entwicklung von Diskussions- und Kooperationsprozessen einzubringen.

Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung, **João Soares** (Portugal), resümierte abschließend, dass die Tagung gezeigt habe, dass die Themen Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Energiesicherheit nicht getrennt betrachtet werden dürften. Besonders das Thema Energiesicherheit sei höchst sensibel, und es dürfe auf keinen Fall zu einer Manipulation der Energiemärkte durch Spekulanten kommen, wie das z. B. bei den Finanzmärkten geschehen sei. Die Tagung habe auch den Handlungsbedarf

deutlich gemacht. Wenn die Probleme heute nicht angegangen würden, seien die Folgen später nur noch unter erheblichem finanziellen Mehraufwand zu bewältigen. Umweltschutz könne dabei helfen, neue Technologien zu entwickeln, Arbeitsplätze zu schaffen und die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu mindern. Es sei aber auch wichtig, sich kritisch mit dem eigenen Konsumverhalten auseinanderzusetzen und den Einfluss auf die Umwelt zu analysieren. Für die Menschen im OSZE-Raum sei es zudem wichtig, dass sie einen finanziell erschwing-

lichen Zugang zu Energie hätten. Dieser Zugang dürfe jedoch nicht zu Lasten der Entwicklungsländer gehen. Das Ziel müsse eine dauerhafte und sichere Energieversorgung für alle Menschen sein. Er habe die Hoffnung, dass im Dezember 2009 bei der Weltklimakonferenz in Kopenhagen entsprechende Vereinbarungen verabschiedet würden.

Hans Raidel, MdB

Amtierender Leiter der Delegation